



Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion

Wahlkreisbüro:  
Blücherstraße 7a  
75177 Pforzheim  
Telefon: 07231/1555467  
Telefax: 07231/53291  
E-Mail: [hans-ulrich.ruelke@fdp.landtag-bw.de](mailto:hans-ulrich.ruelke@fdp.landtag-bw.de)  
[www.hans-ulrich-ruelke.de](http://www.hans-ulrich-ruelke.de)

## Newsletter März 2011

### **„Konsequenzen aus der Katastrophe: Reaktorsicherheit nochmals prüfen, Übergang zu erneuerbaren Energien beschleunigen“**

Liebe Mitglieder, Interessierte und Freunde der FDP,

die Nachrichten aus Japan sind schockierend. Wohl kein zweites Land der Welt lebt so bewusst und so gut vorbereitet mit der Gefahr schwerer Erdbeben wie Japan es tut. Dennoch hat das Beben der Stärke 9 auf der Richterskala mit einer sich anschließenden Tsunamiwelle alles übertroffen, auf was die Japaner vorbereitet und gefasst waren. Ein ähnlich starkes Beben gab es am Rande Europas zuletzt am 1. November 1755 in Lissabon. Unsere Gedanken gelten in erster Linie den zahllosen Opfern der Naturkatastrophe. Aber auch die Frage, ob sich durch die verheerenden Unfälle im Kernkraftwerk Fukushima die Bewertung der Sicherheit unserer eigenen Reaktoren verändern sollte, müssen wir jetzt diskutieren.

Ich meine, ja, wir müssen über die im Atomgesetz vorgeschriebenen regelmäßigen Sicherheitsüberprüfungen hinaus noch einmal grundsätzlich prüfen, ob wir die Schwelle des kalkulierbaren Restrisikos für Unfälle noch weiter absenken. Zwar wird es am Rheingraben kaum zu Beben der Stärke 9 kommen und auch vor einer wuchtigen Tsunamiwelle aus dem Meer braucht sich Baden-Württemberg nicht zu fürchten. Doch lehrt das Beispiel Fukushima, dass statistische Minimalgrößen Wirklichkeit werden können. Deshalb war es richtig, dass die Landesregierung EnBW angewiesen hat, die Reaktoren Neckarwestheim I und Philippsburg I sofort herunterzufahren und vom Netz zu nehmen. Neckarwestheim wird nach Ankündigung der EnBW nicht mehr hochfahren, weil eine weitere Nachrüstung nicht mehr wirtschaftlich

wäre. Bei Philippsburg I halte ich dies als Ergebnis der nun beginnenden Prüfung ebenfalls für möglich.

Diese notwendigen Schritte können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in Baden-Württemberg nicht von heute auf morgen vollständig aus der Kernenergie aussteigen können. Es ist schon ein starkes Stück, dass SPD und Grüne nun im Wahlkampfgetöse diesen Eindruck erwecken, obwohl sie dies im Atomkonsens selbst ganz anders geplant hatten. Demnach wäre der endgültige Atomausstieg in Deutschland frühestens im Jahr 2021 erfolgt. Woher soll der Strom so schnell auch kommen, den die Kernkraftwerke produzieren?

Ich erlaube mir, einen sehr treffenden Kommentar aus der heutigen Ausgabe der Stuttgarter Nachrichten beizulegen. Man wirft uns vor, nach Fukushima unsere Haltung geändert zu haben und tut es selber. Aus der Kernenergie auf Knopfdruck auszusteigen, ist unrealistisch. Ereignisse in Japan zu ignorieren ebenfalls. Es ist vernünftig, mittelfristig auszusteigen. Dafür braucht es aber Zeit, um vor allem Netze und Speicherkapazitäten auszubauen.

Derzeit haben die Kernkraftwerke in Baden-Württemberg noch einen Anteil an der Bruttostromerzeugung von fast 50 Prozent. Zum Vergleich: Der Anteil der erneuerbaren Energien liegt in Baden-Württemberg derzeit bei etwa 14 Prozent und ist je nach Wind- und Sonnenverhältnissen starken Schwankungen unterworfen, für deren Ausgleich noch keine ausreichenden Speicher- und Transportkapazitäten zur Verfügung stehen – auch weil die Grünen sie beispielsweise in Form eines Pumpspeicherkraftwerkes bei Atdorf im Schwarzwald oder in Form von Hochspannungsleitungen zu den Windparks an und in der Nordsee blockieren. Natürlich können wir unsere Kernkraftwerke abschalten und die dadurch entstehende Stromlücke durch Stromimporte aus dem Ausland schließen. Der Strom käme dann eben aus den Reaktoren im elsässischen Fessenheim, im lothringischen Cattenom oder in Beznau und Leibstadt in der nördlichen Schweiz. Die Versorgungssicherheit und die Strompreise des Industrielandes Baden-Württemberg lägen in fremden Händen und die Risiken blieben dennoch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Aber so weit reicht der Horizont von Grünen und SPD anscheinend nicht. Sie halten Baden-Württemberg für eine einsame Insel.

Wir müssen uns nun überlegen, inwieweit wir für einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energiequellen auch bereit sind, höhere Stromkosten in Kauf zu nehmen. Das ist nicht nur eine Entscheidung, die wohlhabende Besitzer von Einfamilienhäusern mittragen können

müssen, sie gälte ebenso für Durchschnittsverdiener und auch für stromintensives Gewerbe. Die kleinen Bäckereien etwa spüren die zusätzlichen Belastungen infolge der Ökostrom-Abgabe schon jetzt in der Kasse. Ich denke daher, dass wir auch diesmal wieder zu einer Abwägung zwischen der Geschwindigkeit des Atomausstiegs und der Wirtschaftlichkeit gelangen, die auf der einen wie auf der anderen Seite Unzufriedenheit hervorrufen wird. Das ist unvermeidbar. Allerdings erwarte ich von SPD und Grünen nach den Geschehnissen in Japan, dass sie den Ausbau der Infrastruktur für erneuerbare Energien nun endlich ernsthaft und konsequent mittragen, anstatt immer nur Windgeneratoren zu fordern, ohne sie in ein schlüssiges Energiekonzept einzubetten. Für fundamentaloppositionellen Dagegen-Populismus ist das Thema zu ernst.

Liebe Mitglieder, Interessierte und Freunde der FDP,

am Sonntag wird Baden-Württemberg wählen. Der Wahlkampf hielt mit den Ereignissen rund um Stuttgart 21 und der Kernenergie-debatte einige Überraschungen für uns bereit. Im Dezember und Januar hatten Presse und Rundfunk schon Nachrufe auf die FDP verfasst und ein feuilletonistisches Requiem auf den deutschen Liberalismus angestimmt. Die angeblichen Umfrageergebnisse für die FDP waren bisweilen abenteuerlich tief, um sich dann sogleich wundersam zu verdoppeln. Nach einem Wahlkampf, in dem ich im Enzkreis 4000 bis 5000 Haustüren aufgesucht habe, an dutzenden Veranstaltungen teilgenommen habe und mindestens ebenso viele Betriebe besichtigt habe, bin ich dazu übergegangen, mich lieber an der Wählerstimmung zu orientieren, die ich selbst im Land erlebe. Ich glaube, viele Mitbürgerinnen und Mitbürger wissen, was sie an einer starken FDP im Land haben. Es kommt nun in den letzten Tagen darauf an, jede Stimme zu mobilisieren.

Ihr

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Kreisvorsitzender